

Hauptausgabe

Neue Luzerner Zeitung AG
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 75'518
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.077
Abo-Nr.: 1094524
Seite: 3
Fläche: 95'667 mm²

Weniger Bürokratie, teureres Brot



2,5%

Reduzierter Satz
unter anderem für:

- Medikamente
- Lebensmittel
- Wasser
- Getreide
- Zeitungen



3,8%

Sondersatz
für:

- Hotellerie



8,0%

Güter und Dienstleistungen
unter anderem für:

- Coiffeur
- Auto
- Velo
- Ski
- Kleidung

Die aktuellen Mehrwertsteuersätze

Grafik: Oliver Marx / Bilder: Keystone, Gaetan Balli

MEHRWERTSTEUER Weniger Papierkrieg, hohes Sparpotenzial: Der Bundesrat will schon lange einen Einheitssatz einführen. Weshalb beisst er damit auf Granit?

KARI KÄLIN
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

Die Beispiele stammen aus dem Aburtditätenkabinett der Steuergesetzgebung und machen derzeit landesweit die Runde: Isst ein Gast Pommes frites im Restaurant, erhebt der Bund darauf 8 Prozent Mehrwertsteuer, den Normalatz. Ersteht man dasselbe Produkt an einem Take-away-Stand, sind nur noch 2,5 Prozent, der reduzierte Satz für Nahrungsmittel, fällig. Im Restaurant gilt der

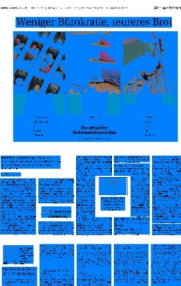
Normalsatz, weil das Essen serviert wird, Tische, Stühle und Toiletten vorhanden sind. Schliesslich profitiert der sich unterwegs verköstigende Pommes-frites-Konsument nicht von solchen Dienstleistungen.

In der unterschiedlichen Besteuerung wittert Gastrosuisse eine Wettbewerbsverzerrung. Der Verband der Gastgewerbes fordert einen Einheitssatz für Res-

taurants und Imbissbuden, damit Letztere nicht mehr bevorteilt würden. Am 28. September entscheidet das Volk über eine entsprechende Initiative. Die Mehrheit des Parlaments und der Bundesrat lehnen sie ab. Die Landesregierung rechnet mit Steuerausfällen von bis zu 750 Millionen Franken.

1,8 Milliarden Bürokratiekosten

Einige Gegner bekämpfen die Gastrosuisse-Initiative auch, weil sie befürchten, dass sie das Terrain für eine viel weiter gehende Reform ebnen könnte: für einen Einheitssatz und die Abschaffung von Ausnahmen. Die «radikale



Hauptausgabe

Neue Luzerner Zeitung AG
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 75'518
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.077
Abo-Nr.: 1094524
Seite: 3
Fläche: 95'667 mm²



28. September 2014

Abstimmung

Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems ist für den Bundesrat nach wie vor ein wichtiges Ziel», heisst es denn auch in einem aktuellen Bericht des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). Gemäss dem Bericht bürdete die korrekte Abwicklung der Mehrwertsteuer den Unternehmen jährlich nicht weniger als 1,8 Milliarden Franken Kosten auf. Ein wichtiger Teil davon entstehe wegen Abgrenzungsfragen zwischen steuerbaren und nicht steuerbaren Leistungen sowie wegen der unterschiedlichen Steuersätze.

Tatsächlich verkomplizieren drei unterschiedliche Sätze – reduzierter Satz für Güter des täglichen Gebrauchs (2,5 Prozent), Sondersatz für die Beherbergung (3,8 Prozent) und der Normalsatz (8 Prozent, siehe Grafik) – das System Mehrwertsteuer. In einem Einheitssatz sowie der Abschaffung der Steuerausnahmen ortet der Bundesrat für die Unternehmen ein jährliches Sparpotenzial von bis zu mehreren hundert Millionen Franken – dank weniger Bürokratie. Unterstützung erhält der Bundesrat vom Schweizerischen Gewerbeverband (SGV). «Wir halten unverändert an dieser Forderung fest, denn

sie würde das wirtschaftliche Wachstum fördern», sagt SGV-Direktor Hans-Ulrich



«Der Ferrari würde billiger, das Brot würde teurer.»

CASPAR BAADER, EX-SVP-NATIONALRAT (BL) Bigler. Auch Economiesuisse, der Dachverband der Schweizer Wirtschaft, plädiert für einen Einheitssatz.

FDP und GLP für Einheitssatz

Im Parlament blieb dieses Projekt, das noch aus der Feder des früheren Finanzministers Hans-Rudolf Merz (FDP)

stammt und übrigens auch von Gastrosuisse unterstützt wurde, bis jetzt aber chancenlos. Im Dezember 2011 beerdigte der Nationalrat den Einheitssatz von 6,5 Prozent mit 120 zu 58 Stimmen. Einzig die FDP und die Grünliberalen (GLP) votierten dafür. Das Hauptargument der Gegner kann man auf folgenden Nenner bringen: Mit einem Einheitssatz würden

Luxusartikel verbilligt, während Güter des täglichen Bedarfs mehr kosten würden – womit das Volk die Reform ohnehin bodigen würde.

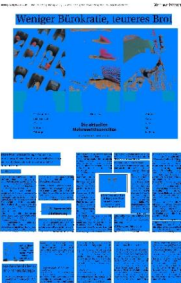
CVP bangt um Mittelstand

«Mit dem Einheitssatz würden sich die Lebensmittel dauerhaft verteuern», gab etwa der grüne Luzerner Nationalrat Louis Schelbert während der Ratsdebatte zu bedenken. Zudem fehle eine ökologische Komponente. Politisch sei ein Einheitssatz nicht zu haben, hiess es aus den Reihen der SP. Auch die SVP hält diesen für eine Utopie. «Der Ferrari würde billiger, und das Brot würde teurer», sagte der damalige Nationalrat Caspar Baader (Basel-Landschaft). CVP-Vertreter warnten derweil vor einer Kaufkrafterosion beim Mittelstand. Vergeblich hatte der Zürcher FDP-Nationalrat Ruedi Noser für den Abbau von Bürokratie plädiert. Umsonst argumentiert er, die Wettbewerbsfähigkeit könnte gesteigert werden, weil ein Einheitssatz für 90 Prozent aller Unternehmen unter dem Strich tiefere Mehrwertsteuern bedeuten würden.

Aufgegeben hat Noser die Hoffnung auf einen Einheitssatz aber noch nicht. «Mittelfristig werden sich gute und einfache Lösungen durchsetzen», sagte Noser letztthin an einer Pressekonferenz des Komitees gegen die Gastrosuisse-Initiative in Bern.

22,6 Milliarden eingenommen

Die Mehrwertsteuer ist die wichtigste Einnahmequelle des Bundes. Letztes Jahr spülte sie 22,6 Milliarden Franken in die Staatskasse. Das entspricht rund einem Drittel des Budgets.



Hauptausgabe

Neue Luzerner Zeitung AG
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 75'518
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.077
Abo-Nr.: 1094524
Seite: 3
Fläche: 95'667 mm²



bei Prisca Birrer-Heimo (55), Nationalrätin (SP, Luzern), Präsidentin Stiftung für Konsumentenschutz

«Wahrscheinlicher ist eine höhere Marge»

Prisca Birrer, was haben Sie als Konsumentenschützerin gegen tiefere Preise?

Prisca Birrer: Tiefere Preise wären willkommen. Fakt ist: Die geforderte Mehrwertsteuerreduktion muss den Gästen nicht weitergegeben werden. Ob die Restaurantbesucher profitieren, ist ungewiss. Wahrscheinlicher ist, dass es die Wirte sind mit einer höheren Marge.

NACHGEFRAGT

Ist das nicht ganz einfach eine Unterstellung?

Birrer: Die Erfahrung lehrt das Gegenteil. In Frankreich wurde der Mehrwertsteuersatz für die Gastrobetriebe deutlich reduziert. Wenn überhaupt, wurde dieser Vorteil nur zu einem geringen Teil an die Konsumenten weitergegeben. Vom Sondersatz für die Hotellerie (3,8 Prozent) haben längst nicht nur die Kunden durch tiefere Zimmerpreise profitiert. Vertreter der Gastrobranche haben mir zwar gesagt, sie würden sich für tiefere Preise einsetzen. Zusicherungen habe ich aber keine erhalten. Und selbst wenn das Tagesmenü 1 Franken und der Kaffee 20 Rappen billiger werden sollten, ziehen die Konsumenten den Kürzeren.

Weshalb?

Birrer: Weil eine Annahme der Initiative gegenfinanziert werden muss und gemäss Bundesrat zu einer Erhöhung des reduzierten Steuersatzes führen würde. Damit würden Güter des täglichen Bedarfs, zum Beispiel Lebensmittel, verteuert. Per saldo würde also der grösste Teil der Bevölkerung verlieren.

Die Gastrobetriebe wollen bloss gleich lange Spiesse wie die Imbissbuden. Heute profitieren die Imbissbuden von einem Mehrwertsteuergeschenk.

Birrer: Die Restaurants haben bereits gleich lange Spiesse. Wenn ein Wirt die Pizza zum Mitnehmen verkauft, kann er sie ebenso zum reduzierten Satz verrechnen wie der Take-away-Betrieb. Wenn ein Take-away-Betrieb über Stehtische verfügt und der Kunde dort isst, muss er 8 Prozent Mehrwertsteuer verrechnen. Deshalb fragen die Verkäufer die Kunden ja: «Essen Sie hier, oder ist es zum Mitnehmen?»

Um steuertechnische Fragen dieser

Art zu vermeiden, gäbe es ein einfaches Rezept; nämlich einen Einheitssatz für die Mehrwertsteuer. Wieso sind Sie dagegen?

Birrer: Haushalte mit geringem Einkommen geben einen grösseren Teil ihres Geldes für Nahrungsmittel aus. Ein Einheitssatz - er würde vermutlich zwischen 6,5 bis 8 Prozent liegen - würde zu einem Teuerungsschub führen und die weniger begüterten Menschen bestrafen. Die Medikamentenpreise und damit die Gesundheitskosten würden steigen. Auch Zeitungen sowie Radio- und Fernsehgebühren würden teurer. Nicht zuletzt würde ein Einheitssatz auch den Einkaufstourismus befeuern.

KARI KÄLIN

kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

Datum: 26.08.2014

NEUE LUZERNER ZEITUNG

Hauptausgabe

Neue Luzerner Zeitung AG
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 75'518
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.077
Abo-Nr.: 1094524
Seite: 3
Fläche: 95'667 mm²

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

Medium	Typ	Auflage
Neue Luzerner Zeitung	Hauptausgabe	75'518
Neue Nidwaldner Zeitung	Kopfblätter u. Reg. ausgaben	8'078
Neue Obwaldner Zeitung	Kopfblätter u. Reg. ausgaben	5'799
Neue Urner Zeitung	Kopfblätter u. Reg. ausgaben	3'912
Neue Zuger Zeitung	Kopfblätter u. Reg. ausgaben	18'070
	Gesamtauflage	111'377